



Merkblatt für einen Antrag auf Zulassung als Syndikusrechtsanwalt

Der Antrag auf Zulassung als Syndikusrechtsanwalt sollte spätestens am Tag der Beschäftigungsaufnahme gestellt werden. Gleiches gilt, wenn Sie bereits als Syndikusrechtsanwalt zugelassen sind und Ihren Arbeitgeber wechseln oder sich Ihre Tätigkeit im Unternehmen wesentlich ändert.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) ist der Auffassung, dass eine neue Befreiung gemäß § 6 Abs. 4 Satz 1 SGB VI erst „vom Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen“ an wirkt. Dabei stellt die Rentenversicherung wegen der Neuregelung des § 46 Abs. 4 Ziff. 2 BRAO im Jahre 2017, nachdem die Zulassung rückwirkend auf den Zeitpunkt wirkt, an dem der Antrag auf die Zulassung bei der Rechtsanwaltskammer eingegangen ist, sofern nicht die ausgeübte Tätigkeit, für die die Zulassung erfolgt, erst nach der Antragstellung begonnen hat, auch bei einem Antrag auf Erstreckung einer bereits bestehenden Syndikusrechtsanzulassung für die rückwirkende Befreiung von der Rentenversicherung auf den Antragseingang bei der Rechtsanwaltskammer ab.

Bitte fügen Sie alle dort angegebenen Unterlagen bei und beantworten Sie alle gestellten Fragen nach bestem Wissen und Gewissen vollständig. Wenn Sie im Zweifel sind, ob eine bestimmte Information erforderlich ist, bedenken Sie bitte, dass es der Beschleunigung des Antragsverfahrens dient, wenn Rückfragen seitens der Rechtsanwaltskammer entbehrlich sind.

Nachstehend finden Sie einige Hilfestellungen zum Ausfüllen Ihres Antrages.

Der Kammervorstand weist Sie auf Folgendes hin:

1. Der Antrag auf Zulassung als Syndikusrechtsanwalt ersetzt nicht den Antrag auf Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht. Diesen Antrag stellen Sie bitte unter Angabe der Versicherungsnummer direkt bei der Rentenversicherung Bund in Berlin. Im Hinblick auf eventuelle dort laufende Fristen hat der Zulassungsantrag bei der Rechtsanwaltskammer keinerlei fristwahrende Wirkung.
Die Kammer kann auch keinerlei Aussagen zu den sozialrechtlichen (insbesondere rentenversicherungsrechtlichen) Themen machen und nicht beraten. Dafür ist allein die Deutsche Rentenversicherung Bund zuständig. Allgemeine Informationen enthalten die Internetseiten der Deutschen Rentenversicherung Bund (www.deutsche-rentenversicherung.de) und die dortigen Verlautbarungen der Deutschen Rentenversicherung Bund.
2. Als Anlage zum Zulassungsantrag benötigt die Rechtsanwaltskammer Braunschweig ein vollständiges Exemplar des Arbeitsvertrages einschließlich eventueller Nachträge und Anlagen. Das Gesetz (§ 46a Abs. 3 BRAO) verlangt die Vorlage einer „Ausfertigung“ oder einer „amtlich beglaubigten Abschrift“. Wenn Sie die mit der Herstellung dieser Urkunden verbundenen Umstände vermeiden wollen, legen Sie bitte ein Original (also ein von beiden Seiten unterschriebenes oder signiertes Exemplar) vor. Dies wird in der Kammergeschäftsstelle

kopiert und anschließend unverzüglich an Sie zurückgereicht. Sie können selbstverständlich den Antrag während der üblichen Geschäftszeiten persönlich in der Geschäftsstelle abgeben und Ihren Originalarbeitsvertrag nach Fertigung einer Kopie in der Geschäftsstelle sofort wieder mitnehmen.

3. Der Arbeitsvertrag soll die vollständige Berufsbezeichnung „Syndikusrechtsanwalt“ bzw. „Syndikusrechtsanwältin“ enthalten. Dies erleichtert die Bearbeitung und kann bei Zweifeln ein wichtiges Indiz sein, wenn Ihre Tätigkeit ausdrücklich so bezeichnet wird.
4. Die fachliche Unabhängigkeit der Berufsausübung ist gemäß § 46 Abs. 4 BRAO „vertraglich und tatsächlich zu gewährleisten“. Das bedeutet, dass die Tätigkeitsbeschreibung und Ihre fachliche Unabhängigkeit verbindlicher Vertragsgegenstand und von den Unterschriften gedeckt sein muss. Sollten Sie über einen älteren Arbeitsvertrag verfügen oder die fachliche Unabhängigkeit in Ihrem Arbeitsvertrag nicht geregelt sein, empfehlen wir, die Vereinbarung eines Zusatzvertrages mit Ihrem Arbeitgeber, in dem ausdrücklich geregelt ist, dass Sie Ihre Tätigkeit als Syndikusrechtsanwalt fachlich unabhängig i.S.d. § 46 Abs. 4 BRAO ausüben.
5. Für die Prüfung Ihres Zulassungsantrages ist die in dem Antrag vorgesehene Tätigkeitsbeschreibung von zentraler Bedeutung. Ihre tatsächliche Tätigkeit muss in den Einzelheiten konkret, individualisiert und in den einzelnen Aufgaben und Tätigkeitsfeldern so umfassend beschrieben sein, dass sowohl wir als Kammer, als auch die Rentenversicherung sich ein präzises Bild von Ihrer tatsächlich ausgeübten Tätigkeit verschaffen können. Dazu muss die Tätigkeitsbeschreibung von Ihnen und Ihrem Arbeitgeber unterschrieben werden.

Eine eher pauschale und allgemeine, am Gesetzeswortlaut von § 46 Abs. 3 und 4 BRAO orientierte Tätigkeitsbeschreibung reicht keinesfalls aus. Zu pauschale Angaben führen zwangsläufig zu Nachfragen und damit zu einer (vermeidbaren) Verzögerung des Verfahrens. Reicht der vorgesehene Platz in dem Antragsformular nicht aus, nehmen Sie bitte ein Beiblatt zur Hilfe.

Ein konstitutives Merkmal der Tätigkeit eines Syndikusrechtsanwaltes ist die Befugnis, „nach außen verantwortlich aufzutreten“ (§ 46 Abs. 3 und 4 BRAO). Wegen des Weiteren konstitutiven Merkmals der „fachlichen Unabhängigkeit“ schildern Sie bitte, auf welche Vereinbarungen sich Ihre Vertretungsbefugnis nach außen gründet und wie diese auch intern ausgestaltet ist. Die Erteilung von Prokura oder Handlungsvollmacht ist nicht erforderlich, reicht aber in der Regel aus.

6. Die prägenden Merkmale der Tätigkeit als Syndikusrechtsanwalt müssen auch vertraglich vereinbart und gewährleistet sein; die Rechtsanwaltskammer benötigt für die Prüfung eine entsprechende schriftliche Dokumentation, d.h. in der Regel einen an die neue Gesetzeslage angepassten Arbeitsvertrag.
7. Ihre Tätigkeit muss durch die Merkmale in § 46 Abs. 3 und 4 BRAO „geprägt“ sein. Bei einer „wesentlichen“ Änderung der Tätigkeit kann es zu einem Widerruf der Zulassung als Syndikus kommen (§ 46b Abs. 3 BRAO).

Für die Beurteilung der „Prägung“ wird es regelmäßig auf die tatsächlich angewendete Arbeitszeit ankommen (und nicht in etwa auf Wertgrenzen o. ä.). Der Kammervorstand geht in Anlehnung an die Rechtsprechung davon aus, dass eine „Prägung“ der gesamten Tätigkeit durch anwaltliche Aufgaben schon dann vorliegt, wenn mindestens 65% der regelmäßigen

durchschnittlich Arbeitszeit auf anwaltliche Tätigkeiten entfallen. Wenn die anwaltliche Tätigkeit weniger als 50% Ihrer Arbeitszeit ausmacht, wird eine „Prägung“ regelmäßig zu verneinen sein. Das gilt auch für die Fälle, in denen sich der Anteil der anwaltlichen Tätigkeit an der gesamten Tätigkeit ändert.

8. Will sich ein Syndikusrechtsanwalt neben seiner Tätigkeit im Unternehmen die Möglichkeit sichern, als niedergelassener Rechtsanwalt zu praktizieren, so bedarf es einer dahingehenden „Freistellungserklärung“ des Arbeitgebers. Diese muss beinhalten, dass der Arbeitgeber seinen Angestellten zur Wahrnehmung von Aufgaben als niedergelassener Rechtsanwalt jederzeit unbefristet, unbedingt und unwiderruflich freistellt, so dass der Rechtsanwalt seiner Tätigkeit als niedergelassener Rechtsanwalt auch während der Arbeitszeit nachkommen kann.
9. Sobald Ihr Antrag vollständig ist, muss er gemäß § 46a Abs. 2 BRAO von der Rechtsanwaltskammer geprüft werden. Im Falle eines positiven Votums der Rechtsanwaltskammer wird Ihr Antrag (ohne den die Zulassungsvoraussetzungen nach § 7 BRAO Fragebogen) der Deutschen Rentenversicherung Bund zur Stellungnahme zugeleitet. Dieses wird Ihren Antrag anhand der Kriterien ihrer bisherigen Entscheidungspraxis prüfen. Die DRV prüft erfahrungsgemäß insbesondere das Kriterium der fachlichen Unabhängigkeit und ob die Tätigkeit von anwaltlichen Aufgaben geprägt ist, sehr genau und begnügt sich nicht mit pauschalen Angaben zur ausgeübten Tätigkeit. Ausführliche Angaben schon bei Antragstellung liegen also in Ihrem Interesse. Die Deutsche Rentenversicherung Bund leitet die Stellungnahme zurück, damit über Ihren Antrag von der Rechtsanwaltskammer abschließend entschieden werden kann.
10. Liegt bei einer Doppelzulassung die Kanzlei des niedergelassenen Rechtsanwaltes in einem anderen Kammerbezirk als die Kanzlei des Syndikusrechtsanwaltes beim Arbeitgeber, muss nur eine Kanzlei im Bezirk der Rechtsanwaltskammer belegen sein, deren Mitglied er ist (§ 46c Abs. 4 S. 2 BRAO). Eine Doppelmitgliedschaft in zwei unterschiedlichen Rechtsanwaltskammern ist nicht möglich. Der Syndikusrechtsanwalt hat in diesem Fall das Wahlrecht, in welchem Kammerbezirk er zugelassen sein möchte.
Ist der Rechtsanwalt bereits Mitglied einer Rechtsanwaltskammer und nimmt er später eine hauptberufliche Tätigkeit als Syndikusrechtsanwalt in einem anderen Ort auf, der in einem anderen Kammerbezirk belegen ist, muss er bei der Rechtsanwaltskammer, deren Mitglied er ist, den Antrag auf Zulassung als Syndikusrechtsanwalt nach § 46a BRAO stellen (§ 33 Abs. 3 NR. 2 BRAO)
11. Auch Syndikusrechtsanwälte können zur Rechtsanwaltschaft nur zugelassen werden, wenn die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen zum Beruf des Rechtsanwalts gem. § 4 BRAO erfüllt sind und kein Zulassungsversagungsgrund nach § 7 BRAO vorliegt (§ 46a Abs. 1 BRAO). Dies gilt insbesondere für den Versagungsgrund der unvereinbaren Tätigkeit (§ 7 Nr. 8 BRAO)

Die Rechtsanwaltskammer hat alle organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um Ihren Zulassungsantrag schnellstmöglich bescheiden zu können.

Stand: Mai 2024